

# Bitte eine Pleite mit System!

Der Insolvenz-Spezialist **Christoph Paulus** empfiehlt, dass Helmut Schmidt und Theo Waigel den Fall Griechenland regeln

## Kann ein Staat pleitegehen?

Seit Jahrhunderten kennen wir das Phänomen, dass ein Land nicht mehr zahlen kann. Deutschland ist im vergangenen Jahrhundert zweimal zahlungsunfähig gewesen, Griechenland seit dem vorletzten Jahrhundert neunmal. Somalia ist mit 14-mal der Spitzenreiter.

## Wird das die Gläubiger

### Griechenlands beruhigen?

Wohl eher nicht. Aber vielleicht der Verweis auf Argentinien oder Russland, die in einer ähnlich prekären Situation die Kurve gekriegt haben.

## Was heißt das für Pleitestaaten?

Ein juristisches Verfahren bringt Ordnung in das Chaos des Zusammenbruchs. Bei einem Unternehmen wären die Schritte klar. Im Fall Griechenland hangeln wir uns von Intervention zu Intervention. Und zwar zum Preis von Milliarden-Risiken.

## Ließen die sich durch Ihren

### Vorschlag noch vermeiden?

Nicht für Griechenland, aber für künftige Fälle. Mein Verfahren setzt voraus, dass künftig in den Kreditverträgen eine Klausel steht, nach der ein Gericht über den Ausfall des Schuldners befindet. So sollten in Kreditverträgen Umschuldungsvereinbarungen festgelegt werden, wie es im ab 2013 geplanten dauerhaften Euro-Rettungsschirm vorgesehen ist. Dann können Rückzahlungsbedingungen mit einer üblicherweise 75-prozentigen Mehrheit der Gläubiger geändert werden, zum Beispiel dass der Kredit nicht in fünf, sondern erst in 30 Jahren getilgt wird.

## Wer soll in diesem Schuldtribunal sitzen?

Am besten wäre eine Resolvenzkommission beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Aber das ist akademisches Wunschdenken, weil die europäischen Verträge dafür geändert werden müssten. Also müssen wir auf bestehende Institutionen wie den Permanent Court of Arbitration in Den Haag zurückgreifen und dort eine neue Abteilung andocken. Es würde reichen, wenn der Präsident fest angestellt wäre, ansonsten könnte man auf einen Expertenpool zurückgreifen. Ich denke dabei an die Elder Statesmen Europas, an Persönlichkeiten wie Helmut Schmidt, Theo Waigel oder auch die frühere norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland.

#### **Gibt es Vorbilder für diese Institution?**

Da fällt mir sofort das International Centre for Settlement of Investment Disputes ein. Die Weltbank schuf diese Schiedsgerichtsplattform in den 60er-Jahren. Damals wurde um Investitionen in ehemaligen Kolonialländern gestritten, ohne dass es dafür Regeln gab. Einem solchen Gericht sage ich nicht, wie es entscheiden muss, sondern ich erhalte mit jedem Urteil einen Fundus von Vorbildern der Konfliktlösung.

#### **Wäre dies für die Gläubiger nicht sehr unbefriedigend, weil für sie extrem viel auf dem Spiel steht?**

Das war auch damals das Problem, wenn die Freiheit eines afrikanischen Staates ausgerufen wurde und Unternehmen ihre Investitionen verloren. Allen Gläubigern von Griechenland ist doch klar, dass sie nicht unter einem Schuldenschnitt von 50 Prozent weg-

kommen. Sie würden also nicht wirklich etwas verlieren, wenn sie sich einem solchen Verfahren unterwerfen.

#### **Was halten Sie von dem Vorschlag Wirtschaftsminister Röslers, diese Instanz in dem für 2013 geplanten dauerhaften Euro-Rettungsschirm unterzubringen?**

Zunächst bin ich erstaunt und erfreut, wie sehr – bis hin zur Namensgebung – sich der Minister an meinem geistigen Eigentum bedient. Seine Idee allerdings, diese Instanz beim dauerhaften Rettungsschirm anzudocken, ist nur dann beherzigenswert, wenn dadurch nicht die Unabhängigkeit und Neutralität gefährdet ist.

#### **Wie würde eine kontrollierte Pleite ablaufen?**

Nur der Staat selbst kann den Antrag stellen. Faktisch hätten die Banken genügend Druckmittel, um auch einen sich sträubenden Staat zu diesem Schritt zu drängen. Der Antrag würde nur an-

genommen werden, wenn zugleich ein detaillierter Plan vorgelegt würde, wie sich der Staat die Neuordnung vorstellt. Griechenland müsste also auflisten, welche Beiträge es selbst leistet und was es von den Gläubigern erwartet. Der Internationale Währungsfonds hat zum Beispiel von Ungarn verlangt, unter anderem das 13. Monatsgehalt bei seinen Beamten zu streichen. Das brachte Einsparungen von fast einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dann können die Verhandlungen beginnen.

#### **Was empfehlen Sie für Griechenland?**

Entscheidend wäre, dass die Verhandlungen und Bemühungen aus den Schlagzeilen herauskommen. Es sollten auch hier Elder Statesmen – und nicht auf Wiederwahl bedachte Politiker – die Verhandlungen führen. ■